

Ercheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die fünfgepaltene
Zettelle 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungsverzeichnisse.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 13

Berlin, den 28. März 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Weicher, Greifswalder Straße 221/23,
Geldsendungen an W. Zielle, Greifswalder Straße 221/23, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Ein Arbeiterfreund! — Zur Lage im Holzgewerbe. — Tagesordnung für den achtzehnten ordentlichen Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine. — Die Alimente für uneheliche Kinder. — Rundschau: Schutz des § 193 für einen Gewerkschaftsredakteur. Arbeiter in der Armenpflege. Streit- und Aussperrungsstatistik. Haben Sie 'ne Ahnung Herr Kommerzienrat! Eine Million Mark Strafgelehrer. Deutschlands Warenverkehr mit den europäischen Ländern. Die Humboldt-Akademie. Berliner Tischler- und Holzschule. — Feuilleton: Die Holzfrage in der Modellschreinerei und ihre rationelle Lösung. — Patentschau. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Empfehlenswerte Schriften für die Bibliotheken unserer Ortsvereine. — Briefkasten. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Ein Arbeiterfreund!

Am 30. März feiert Freiherr v. Berlepsch, der uns bei der diesjährigen großen Tarifsbewegung wieder in selbstloser, aufopferungsvoller Weise unterstützt hat, seinen 70. Geburtstag.

Wenn wir der deutschen Arbeiterschutzes- und Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung gedenken, die vorbildlich für alle Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung in allen Kulturstaaten ist, dann erinnern wir uns auch gern derjenigen Männer, die sich besonders dabei verdient gemacht haben. Als einen der Hervorragendsten unter diesen müssen wir Freiherrn von Berlepsch nennen. Seine Laufbahn begann er als Landrat in Oberschlesien, wurde dann Minister in Schwarzburg-Sondershausen, hierauf Regierungspräsident in Düsseldorf, dann Oberpräsident der Rheinprovinz. Im Januar 1890 endlich wurde er preussischer Minister für Handel und Gewerbe. In diesem Amte hat er bis zu seinem am 27. Juni 1896 erfolgten Rücktritt in hervorragender Weise gewirkt.

Die Verhältnisse der industriellen Arbeiter lernte er zunächst in Oberschlesien und später in der Rheinprovinz gründlich kennen, was ihn wohl auch veranlaßt haben mag, in der überaus günstigen sozialpolitischen Weise in seinem verantwortungsvollen Amte als Minister für Handel und Gewerbe zu wirken. Schon bei den Erlässen Wilhelms II. am 4. Februar 1890, mit deren Abfassung Minister von Berlepsch betraut wurde, kam sein weitblickiger staatsmännischer Blick zum Ausdruck. Die Verhältnisse der Arbeiter fanden eine richtige Würdigung, wie aus dem Erlasse ersichtlich ist. Bei dieser Gelegenheit dürfte es nicht unnützlich sein, diese Erlasse, die jedenfalls auf die Initiative von Berlepsch zurückzuführen sind, in das Gedächtnis zurückzurufen. Der Erlaß hatte nachstehenden Wortlaut:

„Bei meinem Regierungsantritt habe ich meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat.

So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze mir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden.

Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gezielte Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen ... Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden.

Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickeln zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses meiner Bergbeamten zu den Betrieben, behufs einer Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aussicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat.

Zur Vorberatung dieser Fragen will ich, daß der Staatsrat unter meinem Vorsitz und unter Hinzuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte ich meiner Bestimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Notwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichstanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der übrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmächtiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Tätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichstanzler wird Ihnen Abschrift meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm R.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe.

Wie sehr Freiherr von Berlepsch diese ihm erteilte Aufgabe ernst nahm und zur Durchführung zu bringen versuchte, ist aus dem unter seiner Aera erledigten sozialpolitischen Gesetze zu ersehen. So präsierte er im März 1890 in Berlin der ersten internationalen Arbeiterschuttkonferenz, die sich hauptsächlich mit der Regelung der Arbeit in den Bergwerken, der Sonntagsarbeit, der Kinderarbeit, und der Arbeit weiblicher Personen beschäftigte. In der Schlußsitzung dieser Konferenz prägte Minister von Berlepsch in einer Ansprache folgende denkwürdigen Sätze: „So groß uns Allen zunächst die Schwierigkeiten erschienen, die Frage des Schutzes der Arbeit durch ihre Beschränkung nach Art, Zeit und Dauer auch nur von einem einheitlichen Gesichtspunkte zu betrachten, so sicher sind wir zu dem Resultat gelangt, daß es einheitliche, internationale Gesichtspunkte gibt, nach denen die Lösung dieser Frage von den Regierungen der einzelnen Länder ins Auge gefaßt werden kann, welche die eigentümlichen Verhältnisse ihres Landes zu berücksichtigen haben werden. Diese gewonnenen Gesichtspunkte lassen sich meines Erachtens dahin zusammenfassen, daß es für dasjenige, was die Gesetzgebung oder die Sitten eines jeden Landes der arbeitenden Klasse gewähren sollten, nur eine Grenze gibt, nämlich die Sicherheit der Existenz und das Gedeihen der Industrie, von dem auch das Gedeihen der arbeitenden Klasse abhängig ist.“

Die Novelle zur Gewerbeordnung von 1891, die den Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter erheblich förderte (Erweiterung und Verschärfung der Sonntagsruhe, Sicherung der Lohnzahlung, Arbeitsordnungen, Arbeiterausschüsse, allgemeine Vorschriften über Arbeiterschutz, hygienische Höchstarbeitszeit für Männer, Maximalarbeitszeit für Frauen, Neuordnung der Arbeitszeit für Jugendliche, Verbot der Frauen- und Jugendarbeit in gefährlichen Betrieben, Ausbau der Fortbildungsschule, Verbesserung der Fabrikaufsicht, Einführung der Gewerbegerichte und Einigungsämter, Errichtung des Beirats für Arbeiterstatistik, Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien, war sein Werk.

Wie sehr er wegen dieser seiner Tätigkeit von den Scharfmachern und Reaktionen angegriffen wurde, ist bekannt und daß diese Angriffe unter Hohelohe so stark wurden, daß Staatsminister von Berlepsch eine erfolgreiche Tätigkeit in seinem

Reffort nicht mehr sah. Deshalb nahm er am 27. Juni 1896 seine Entlassung. Den Sturz dieses bewährten Sozialpolitikers nahmen die Scharfmacher mit Befriedigung auf und der bekannte frühere Generalsekretär des Zentralverbandes Herr S. A. Bued schrieb am 7. Juli 1896 an den bayerischen Reichsrat und Großindustriellen von Gafler folgenden Brief:

Hochgeehrter Herr Reichsrat!

Ich bestätige den Eingang Ihres sehr geschätzten Schreibens vom 30. v. M. aus Bad Gastein und habe mich aufrichtig und herzlich gefreut, aus demselben zu erfahren, daß sich Ihr Gesundheitszustand so wesentlich gebessert hat. Ich hoffe zuversichtlich, daß der Aufenthalt in Ihrem schönen Wandring Ihnen vollständige Genesung und Kräftigung bringen wird. Es bedarf wohl kaum einer besonderen Versicherung, daß ich, wenn sich nur irgend eine Gelegenheit bieten sollte, mit ganz besonderem Vergnügen Ihrer glücklichen Einladung, Sie in Wandring zu besuchen, folgen werde.

Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein bekommen haben, hat auch mich mit Befriedigung erfüllt; Ihrem Wunsche, über den neuen Handelsminister etwas zu hören, komme ich, soweit ich dazu in stande bin, in folgendem nach. Zunächst mein persönliches Verhältnis zu demselben betreffend, so kenne ich Herrn Bressfeld nicht nur von meiner sechsjährigen Tätigkeit im Staatsbahnamt, dessen Vorsitzender er war, und als Abgeordneter, sondern ich bin auch in gesellschaftlicher Beziehung mit ihm im Verkehr gewesen. Bressfeld und mein Schwiegersohn Kruse sind nämlich alte Jugendfreunde; Bressfeld ist bei der Hochzeit in meinem Hause gewesen, und ich bin häufig bei Kruse mit ihm zusammengewesen, wo wir freundschaftlich miteinander verkehrt haben. Meine persönlichen Beziehungen zu dem neuen Handelsminister sind demnach gut, und ich empfand dies auch bei einem ihm gestern abgestatteten Besuch. Ich wurde sehr freundlich empfangen, und auf meine Anrede, daß ich gekommen sei, um meine Glückwünsche abzustatten und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß das Handelsministerium mit dem Zentralverband freundliche Beziehungen unterhalten möge, erwiderte er, daß, soweit seine Person dazu beitragen in der Lage sei, dies der Fall sein sollte. Er fuhr dann fort, daß er allseitig auf große Rücksicht würde rechnen müssen, denn wenn er vorher hätte übersehen können, auf wie vielen Gebieten seines Refforts ihm die notwendige Erfahrung und Kenntnis fehle, so würde er noch größere Bedenken gehabt haben, das Amt zu übernehmen; unter den Schwierigkeiten sah er auch zu verstehen, daß, wie er sagte, „ein gewisses Abweichen von dem bisherigen System mit zu seiner Aufgabe gehöre“; damit war mir der gewünschte Anlaß gegeben, die bisherige Richtung des Handelsministeriums in den sozialpolitischen Fragen in die Besprechung zu ziehen, worüber wir uns etwa dreiviertel Stunden unterhalten haben. Ich nahm keinen Anstand zu erklären, daß die Ablehnung des im übrigen ganz vernünftigen Handelskammergesetzes hauptsächlich gegen die weiteren Pläne des Herrn v. Berlepsch gerichtet gewesen sei, und zwar hauptsächlich gegen die von ihm geplante Organisation der Arbeiter. Die Gefährlichkeit dieser extremen Maßregel erkannte er vollkommen an. Ich setzte eingehend den Standpunkt des Zentralverbandes zur sozialpolitischen Gesetzgebung auseinander, betonte, daß wir dieselbe tatkräftig unterstützt und gefördert haben, bezeichnete aber auch die Punkte, in denen man unseres Erachtens bereits zu weit gegangen sei. Die Stellung des Herrn Bressfeld läßt sich nun etwa wie folgt charakterisieren. Primo loco ist er von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die Lage der arbeitenden Klasse gegen früher ganz außerordentlich gebessert habe, daß sie als eine vollkommen befriedigende bezeichnet werden müsse, und daß die von gewisser Seite ausgehenden Klagen über die traurige Lage der Arbeiter ein Unfug seien. Daher sei er dafür, jetzt in dem Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Ruhe eintreten zu lassen, und das sei auch die Ansicht des Kaisers. Dabei unter-

ließ ich nicht, Lohmann als den zu bezeichnen, der, von weltgehenden sozialistischen Ideen befangen, wohl das treibende Element in der bisherigen Richtung gewesen sei und um so mehr habe durchdringen können, da Verlepsi, vielleicht nur infolge der Bewegung zur Zeit, als er in das Amt eintrat, sich vollständig gelistesverwandt mit Lohmann erwiesen hat. Ich schide voran, daß Brefeld mit Lohmann sehr befreundet ist und auf „Du“ mit ihm steht. Herr Brefeld schien mich „zügiglich“ des genannten Herrn mit der Bemerkung beruhigen zu wollen, daß Lohmann, mit dem er voraussichtlich oft in Meinungsverschiedenheiten sein werde, doch nachgibt, wenn er sich bei seinem Chef einem ernstlichen Willen gegenüber befindet; auf diese Eigenschaft Lohmanns habe ihn auch schon Verlepsi aufmerksam gemacht, und auch er habe bereits Gelegenheit gehabt, sie zu erkennen usw.

Dieses scharfe Urteil der Herren vom Schläge Buedts, die als Hauptbremser in der Sozialgesetzgebung auch heute noch angesehen werden müssen, läßt ihn nur noch günstiger im Lichte der Öffentlichkeit hervortreten und zeigt uns, mit welchen Widerständen er bei seiner Tätigkeit für die Arbeiter zu kämpfen hatte.

Aber auch als Privatmann hat Freiherr von Verlepsi stets sich dem Wohle der Deutschen Arbeiterschaft gewidmet. 1897 begründete er die bekannte Zeitschrift die „Soziale Praxis“ dann 1900 die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, 6. Januar 1901 die Gesellschaft für Soziale Reform als Sammelort der bürgerlichen Sozialreformer aller Richtungen und Verufe sowie der nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmersverbände. Wirke unermüdet mit Rat und Tat in Wort und Schrift für den sozialpolitischen Fortschritt, für Ausbau der Sozialversicherung, Verschärfung und Erweiterung des Arbeiterschutzes, für die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes im Staate, für freies Koalitionsrecht, Stärkung der Berufsorganisationen, Reform des Arbeitsrechts, Arbeitsstatistiken, Entlohnungsweisen, gewerblichen Frieden (auch mehrfach als Vermittler und Schiedsrichter), gleichzeitig aber auch für Internationalisierung des Arbeiterschutzes auf wichtigen Gebieten (Verbot giftiger Stoffe in der Fabrikation, Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen und Frauen, Jehntundentag usw.).

Seine Tätigkeit für die Holzarbeiter in den Tariskämpfen der Jahre 1908 und 1913 haben wir wiederholt schon hervorgehoben und er mußte erst in den letzten Tagen in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ wegen seines Schiedsspruches im Holzgewerbe einen ungemein gehässigen Artikel über sich ergehen lassen. Wir können deshalb sein selbstloses Wirken nicht hoch genug einschätzen und ihm zu seinem 70. Geburtstag auch an dieser Stelle nur die besten Glückwünsche übermitteln.

Herr von Verlepsi ist ein wahrer Arbeiterfreund, Bahnbrecher und Führer der Sozialreform als Staatsnotwendigkeit, ein Mann voll Pflichttreue und Lauterkeit. Sein Wahrspruch: „Gerechtigkeit allen, den Schwachen Schutz und Hilfe“.

Woge er uns noch lange erhalten bleiben.

Zur Lage im Holzgewerbe.

Die Schwierigkeiten der Tariferneuerung im deutschen Holzgewerbe sind endgültig überwunden. Die Zugeständnisse an die Arbeiterseite sind nicht eben groß, aber, so meint die „Konjunktur“, was man über das Gewonnene hinaus noch allenfalls erreichen konnte, hätte einen mehrmonatigen Arbeitskampf nicht gelohnt. Jetzt, nach der friedlichen Verständigung über die Arbeitsbedingungen, ist es an der Zeit, über die Aussichten der Holzindustrie im laufenden Jahre Klarheit zu gewinnen. Wie im Vorjahr werden die Zellstoffabriken die günstigere Situation vorfinden; für die anderen Holzfabriken bedeutet die Mattigkeit des Raugegeschäfts, die allem

Anschein nach auch 1913 andauert, eine merkbare Hemmung. Auch der Absatz von Möbeln wird anscheinend in diesem Jahre nicht gerade lebhaft sein. Recht reichlich sind in den ersten Monaten des neuen Jahres bereits die Bestellungen auf Fässer und Mitterwaren eingegangen. Eine generelle Zurückhaltung der Käufer in der Holzindustrie haben übrigens die politischen Ereignisse nicht zeitigt. Die Prognose, die man demnach dem deutschen Holzgewerbe für den weiteren Verlauf dieses Jahres zu stellen hat, lautet dahin, daß die im allgemeinen befriedigende Konjunktur des Jahres 1912 weiter anhält, daß aber die angeführten Momente einer stärkeren Belebung im Wege stehen. Der Absatz in den ersten Wochen des neuen Jahres bestätigt dieses Urteil. Auch die Bezüge des Auslands erreichten etwa den gleichen Umfang wie zu Beginn des Vorjahres. Im Monat Januar 1913 wurden aus dem deutschen Zollgebiet 50331 Doppelzentner Holzfabrikate exportiert gegen 49607 Doppelzentner im Korrespondenzmonat von 1912; das bedeutet gegen das Vorjahr ein kleines Plus von 1,46 Prozent. Dem Werte nach ergibt sich allerdings ein kleiner Rückgang von 4,40 Millionen M. auf 4,27 Millionen Mark, d. i. von 2,98 Prozent. Die Wertabnahme geht nicht auf Preisermäßigungen, sondern darauf zurück, daß teilweise geringere Qualitäten exportiert wurden. Einen gewissen Anhalt für die Beschäftigung der Holzindustrie bietet die Entwicklung des Rohstoffimports. Bekanntlich ist Deutschland in seinem Bedarf in unverarbeitungem Holz in erheblichem Grade von Ausland abhängig. Im ersten Monat des neuen Jahres hat sich die Einfuhr von Bau- und Nutzholz gegen das Vorjahr kräftig gehoben. Die Importmenge stieg von Januar 1912 auf 1913 von 290 Millionen Doppelzentner auf 360 Millionen Doppelzentner, das bedeutet eine prozentuale Steigerung von 20,55 v. H. Verhältnismäßig in gleichem Grade hat sich der Einfuhrwert erhöht; er stieg von 15,48 auf 18,70 Millionen Mark. Das Plus in der Einfuhr kam zum größten Teil auf Nadelholz, wie denn diese Holzart in der Einfuhr überhaupt weitaus überwiegt. Auch die Arbeitsgelegenheit im Holzgewerbe war im Januar ungefähr gleich groß wie Anfang 1912 und jedenfalls erheblich günstiger als in den entsprechenden Monaten der vorhergehenden Jahre. Im Januar der letzten sechs Jahre bewarben sich um je 100 offene Stellen in der Holzindustrie Arbeitssuchende:

Januar 1908	1909	1910	1911	1912	1913
Indexziffer 329,7	589,8	310,9	240,8	224,7	227,0

Zum Schluß sei bemerkt, daß die Unternehmungslust im besprochenen Gewerbegebiet in der letzten Zeit trotz der allgemeinen Geldnot noch recht reger war. Im Januar 1913 wurden für Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Unternehmungen der Holzfabrikation 2,72 Millionen Mark beantragt. Im Parallelmonat fast aller Vorjahre blieb der investierte Betrag hinter dieser Summe zurück, nur der Januar 1908 verzeichnete eine noch stärkere Anlagetätigkeit.

Tagesordnung

für den achtzehnten ordentlichen Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine am 12. Mai 1913 und folgende Tage in Berlin im Saale des Verbandshauses, Greifswalder Straße 221/223.

In der letzten, am Gründonnerstag abgehaltenen, Zentralratsitzung wurde die Tagesordnung zum Verbandstage und die Referenzen zu den einzelnen Punkten wie folgt zusammen bzw. aufgestellt:

A) Vorversammlung

Montag, 12. Mai, abends 6 Uhr.

1. Prüfung der Mandate, eventuell Revision der Geschäftsordnung.
- II. Feststellung der endgültigen Tagesordnung.
- III. Wahl des Bureau's.

- B) Hauptversammlungen
Dienstag, 13. Mai und folgende Tage.
- I. Bericht über die Tätigkeit und Entwicklung der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem 17. ordentlichen Verbandstage (1910). (Hierzu gedruckte Vorlage.)
Ref.: Vrb.-Vorsteher G o l d s c h m i d t.
- II. Das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.
Ref.: Reichstagsabg. W e i n h a u s e n - B e r l i n.
- III. Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern.
Ref.: Vrb.-Abg. G l e i c h a u f - B e r l i n.
- IV. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung.
Ref.: Vrb.-Abg. M. S c h u m a c h e r - B e r l i n.
- V. Bericht über die Vertretung in der Arbeiterversicherung. (Hierzu gedruckte Vorlage.)
Ref.: Vrb.-Sekretär P o t t h o f f.
- VI. Jahresabschluss der Verbandsklasse und ihrer Nebenkassen (mit Vorlage).
Ref.: Verbandsrevisor S c h o l z - B e r l i n.
- VII. Anträge zum Verbandsbudget.
Ref.: Vrb.-Kassierer K l e i n u n d Vrb.-Abg. R a a b - B u r g.
- VIII. Anträge zum Verbandsorgan.
Ref.: Vrb.-Redakteur L e w i n u n d Vrb.-Abg. R r ü g e r - B e r l i n.
- IX. Anträge zur Verbandsagitation.
Ref.: Vrb.-Vorsteher G o l d s c h m i d t u n d Vrb.-Abg. C z i e s l i k - D u i s b u r g.
- X. Anträge zum Verbandsstatut, allgemeiner Teil.
Ref.: Vrb.-Sekretär N e u s t e d t u n d A b g. S a n d e r - B i n g s t - E d l n.
- XI. Verschiedene Anträge. Genehmigung der Zentralratsbeschlüsse. Etwaige Beschwerden.
Ref.: Vrb.-Abg. R e i c h e l t - S p r e m b e r g.
- XII. Wahl der Verbandsbeamten und -Beisitzer.

Die Alimente für uneheliche Kinder.

Es ist allgemein bekannt, daß bei den unehelichen Kindern eine viel höhere Sterblichkeit anzutreffen ist als bei den ehelich geborenen Kindern, daß die unehelichen Kinder infolge der meistens durch die Lebensumstände bedingten Vernachlässigung der Erziehung eine viel höhere Kriminalität aufweisen, daß die unehelich geborenen Mädchen in viel höherem Umfange der Prostitution anheimfallen, daß die unehelich geborenen Knaben in viel geringerem Umfange militärtauglich sind und daß überhaupt der Lebensweg der unehelichen Kinder mit viel größeren Hemmnissen und Widerständen umgeben ist als der Lebensweg der anderen Kinder. Da in Deutschland jährlich gegen 180 000 uneheliche Kinder geboren werden, da ein Volksteil, der auf 8-9 Prozent eingeschätzt werden kann, aus unehelich Geborenen besteht, so ist die Frage der Heranbildung und der zweckmäßigen Ernährung der unehelichen Kinder von höchster Wichtigkeit. Eine bessere Ernährung der unehelichen Kinder würde den Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit nicht unwesentlich sinken lassen und eine bessere Erziehung der unehelichen Kinder hätte bald eine wesentliche Senkung der Kriminalitätsziffern zur Folge. Ein großer Teil der ständigen Gefängnis- und Zuchthausinsassen sind Uneheliche, ebenso auch ein großer Teil der deklassierten Leute, die jahraus, jahrein als Landstrafenproletarier heimatlos hin- und herziehen.

Die Hauptursache der schlechten Ernährung und der vernachlässigten Erziehung der unehelichen Kinder ist fast immer die Armut der unehelichen Mutter. Alles Lamentieren über die zunehmende Rohheit der Jugend nützt nichts, so lange nicht der oft grimmigen Armut der Mutter abgeholfen wird. Selbst wenn so eine uneheliche alleinstehende Mutter den besten Willen hat, ihr Kind zu einem anständigen Menschen heranzuziehen, wird ihr das oft nicht gelingen, weil sie das Kind nur ganz unzureichend ernähren und nicht genügend beaufsichtigen kann. Eine ausreichende Hilfe könnte nur die Mutterschaftsversicherung bringen, an die aber leider noch gar nicht zu denken ist. Eine nicht unbedeutende Besserstellung

Die Holzfrage in der Modellschreinerei und ihre rationelle Lösung.

(Schluß)

Nur die Holzdampererei aus dem unklaren Zustande des Probierens auf eine feste, begründete Basis zu stellen, war es nötig, durch exakte wissenschaftliche Versuche und Beobachtungen Klarheit zu schaffen über die Vorgänge, die sich dabei abspielen.

Ich habe, wie Dipl.-Ing. Martin in der „Schweizerischen Holzdampererei“ schreibt, wissenschaftliche Versuche in der Holzdampererei und Holzdampererei eingehend beschrieben, die in einer für diesen Zweck erst konstruierten Anlage ausgeführt wurden. Die Versuchsanlage wurde von der Kesselfabrik Schönerwiler erstellt und die Versuche auch von ausgeführt.

Der Erfolg dieser Versuche war ein unerwartet positiver.

Diese neue beschriebene Holzdamperverfahren ist ein vollkommenes Überdampfverfahren. Wir wollen uns aber nicht mit der Beschreibung eines herausgehobenen, das in dampfende Holz wird in einem vorerwähnten beschriebenen Kessel gebracht, der gleichzeitig als Dampferzeuger dient, worauf man sich zum das Verfahren charakterisierenden Methode des Dampfens auf das Holz wenden läßt.

Durch spätere noch eingehendere Versuche und durch chemische Analyse des Dampfes, wie durch die Festigkeitsuntersuchung der gedämpften Probeholzer wurde die günstigste Zeitdauer und der für das Holz in jeder Beziehung vorteilhafteste Dampfdruck bestimmt. Weitere Versuche bestätigten die ersten und so konnte im Laufe des Winters 1910/11 eine Relation zwischen Dampfzeit und Dampfdruck (Dampfzeit mal Dampfdruck gleich einer Konstanten) für die verschiedensten Holzarten vom genannten Verfasser zahlenmäßig aufgestellt werden.

Durch das Dämpfen mit vorherigem „Abblasen“ wird schon ein großer Teil der Feuchtigkeit aus dem Holz entfernt. An das Dämpfen schließt sich unmittelbar daran im gleichen Kessel ein mit warmer Luft bewirkter Trockenprozeß an. Die warme Luft selbst wird durch einen eigenartig konstruierten Geflüstergenerator erzeugt, der vermittelt eines genau berechnenden Hörsystems die Luft auf die gewünschte Temperatur bringt. Dadurch wird erreicht, daß man in der kurzen Zeitdauer von ein paar Tagen das Holz gut dampfen und vollständig trocken kann.

Wir lassen hier noch die im oben genannten Artikel aufgezählten Vorteile des auf diese Art behandelten Holzes wörtlich folgen, damit man sich leicht ein Bild von der Wichtigkeit dieser Erfindung machen kann.

Zusammengestellt bietet uns der Dämpfprozeß (nach dem Martinsverfahren) folgende wichtige Vorteile:

1. Biegefestigkeit wird wesentlich erhöht.
 2. Größerer Widerstand gegen Fäulnis und Wurm.
 3. Holz kaum hygroskopiert, somit Reißen und Werfen fast unmöglich.
 4. Viel leichtere und bequemere Bearbeitung (besonders auf Drehbank und Hobelmaschine).
 5. Holz trockener als 3-4 Jahre gelagertes.
 6. Frisches Holz nach ein paar Tagen verwendbar.
 7. Farbenanstrich hält besser infolge kleinerer Hygroskopizität.
 8. Das Holz nimmt gewöhnlich eine viel schönere Farbe an.
 9. Das allerbilligste bekannte Verfahren, Holz zu dampfen und zu trocknen.
- Beim Durchlesen dieser Eigenschaften muß man gerade glauben, dieses Verfahren sei ganz speziell für die Modellschreinerei geschaffen worden.
- Es möge hier noch erwähnt werden, daß dieses Verfahren patentamtlich in den wichtigsten Staaten angemeldet und daß die A.-G. Kesselschmiede Martenswiler die Alleinherstellung der dazu notwendigen Anlagen übernommen hat und bereits einige größere Anlagen nach dem Martinschen System erstellt hat.

der unehelichen Mutter und damit auch der unehelichen Kinder wäre aber schon unter den heutigen Verhältnissen und ohne jede Gesetzesänderung zu erreichen. Diese Besserstellung ist möglich, wenn die Unterstützungssätze für die unehelichen Kinder höher normiert werden. In den letzten Jahrzehnten ist die ganze Lebenshaltung riesig verteuert worden, die Mietpreise, die Preise für die Lebensmittel und für die verschiedensten Gebrauchsgegenstände sind ganz bedeutend gestiegen, oft um 50 bis 100 Prozent die Unterstützungssätze für die unehelichen Kinder aber sind kaum irgendwo bemerkenswert gestiegen. Die Beamten, namentlich die oberen und mittleren Beamten, haben überall Zulagen erhalten, ihnen ist der Wohnungszuschuß erhöht worden, die Industriellen haben durch vermehrte Produktion und durch Zusammenschluß in Konventionen und Kartellen erhöhte Gewinne erzielt. Die Arbeiter konnten durch Lohnbewegungen wenigstens einen Teil der Preissteigerungen ausgleichen, für die unehelichen Kinder aber, die eigentlichen Parasiten der Bevölkerung wurden selten höhere Unterstützungssätze zugestanden. Diese Niedrighaltung der Alimente für die unehelichen Kinder fällt nicht nur ins Gewicht wegen der allgemeinen Teuerung, sondern auch, weil infolge der Industrialisierung Deutschlands in der Bevölkerungszusammensetzung große Umänderungen vor sich gegangen sind. Das uneheliche Kind einer Bauerntochter, das bei den Eltern der unehelichen Mutter untergebracht ist, wird schließlich auch noch bei einer an sich unzureichenden Unterstützung ausreichend ernährt werden können, weil viele Nahrungsmittel, wie z. B. die Milch, nicht gekauft zu werden brauchen; eine uneheliche Mutter in der Stadt aber, die alles bar bezahlen muß und die von den Angehörigen getrennt lebt, wird mit einer geringen Unterstützungssumme, wie sie jetzt gezahlt wird, bald in der größten Not sein. Vielfach machen sich aber auch bereits die Schäden unzureichender Alimente auf dem Lande geltend; denn die Landwirte müssen jetzt viel mehr rechnen als in früheren Zeiten, sie schaffen jeden Liter Milch in die Genossenschaftsmolkerei und leben selbst nur von allerlei Surrogaten. Diese Verschlechterung in der Lebenshaltung macht sich natürlich auch bei den Kindern und namentlich bei den unehelichen Kindern bemerkbar.

Alle, die Gelegenheit haben, den unehelichen Müttern mit Rat und Tat beizustehen und die zu Vormündern von unehelichen Kindern bestellt werden, müssen deshalb mit Energie darauf dringen, daß die Alimente für die unehelichen Kinder erhöht werden. Monatliche Unterstützungssätze von 8, 10, 12 Mark, wie sie jetzt noch vielfach festgesetzt werden, dürfen unter den bestehenden Teuerungsverhältnissen nicht mehr festgesetzt werden. Gewiß ist die gesetzliche Bestimmung, daß die Höhe der Alimente nicht nach den Lebensumständen des unehelichen Vaters, sondern nach dem Stand der unehelichen Mutter festgesetzt werden muß, oft ein Hindernis zu einer wesentlichen Erhöhung der Unterstützung, aber wenn die in Betracht kommenden Personen die nötige Energie aufwenden, läßt sich doch oft eine Erhöhung der Alimente erreichen und dadurch der unehelichen Mutter und dem unehelichen Kind einiger Nutzen und einige Erleichterung schaffen.

Rundschau.

Schutz des § 193 für einen Gewerkschaftsredakteur. Wie der „Zeitungsverlag“ berichtet, hat das Reichsgericht kürzlich ein Urteil aufgehoben, durch das der Redakteur Imbusch vom christlichen „Bergknappen“ wegen Beleidigung des Arbeiterschiedsgerichts zu Düsseldorf vom Essener Landgerichte zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt wurde. Die Sache wurde infolge beantragter Revision zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Hagen verwiesen, weil dem Angeklagten durch unrichtige Anwendung des Strafgesetzes der Schutz des § 193 versagt worden sei. Diese Verfassung stütze sich auf die vom Reichsgericht als rechtsirrig bezeichnete Auffassung, daß ein Redakteur als solcher nur, wie jeder andre, Uebelstände in einer die Ehre Dritter verletzenden Weise straflos besprechen könne, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die ihn selbst wegen seines besonderen Verhältnisses zu ihnen nahe angehen. Dies gelte auch dann, wenn die betreffende Zeitung gewisse Berufsinteressen bestimmungsgemäß vertritt. Das Reichsgericht bezeichnete diese Auffassung als rechtsirrig, weil jemand, der durch Auftrag von anderer Seite mit der Erledigung einer Angelegenheit betraut wird, ermächtigt ist, die danach zu ermessenden berechtigten Interessen als fremde, ihm anvertraute wahrzunehmen. Dazu bedürfe es weder des Nachweises, daß nach der besonderen Gestaltung der Verhältnisse der Auftrag in der Person des Redakteurs selbst nahe Beziehungen zu der Angelegenheit hergestellt hat; ebensowenig brauche festgestellt zu werden, daß, wenn das letztere nicht der Fall ist, solche Beziehungen ohnehin schon, d. h. auch abgesehen vom speziellen Auftrage, bereits gegeben waren. Und ein Redakteur sei in diesen Beziehungen, wie auch sonst, jed. als rechtlich nicht schlechter gestellt als ein anderer. Es reiche daher für die Anwendung des § 193 aus, wenn nur eine der Möglichkeiten gegeben sei, daß entweder eigenes persönliches Interesse oder ein entsprechender Auftrag zur Vertretung fremder Interessen in Frage komme

Arbeiter in der Armenpflege. Gute Erfahrungen mit der Tätigkeit der Arbeiter in der Armenverwaltung machte die Stadtverwaltung in Kiel, welche unter ihren 422 Armenpflegern 36 gewerbliche Arbeiter aufweist. Im letzten Berichte der Armenverwaltung wird darüber folgendes gesagt: „Die Wahl der gewerblichen Arbeiter zur Armenpflege hat sich bewährt. Ungerechtfertigt war die hier und da laut gewordene Bestrafung, daß es den Arbeitern an der erforderlichen Zeit fehle, das Ehrenamt zu versehen. Die mit dem Ehrenamt eines städtischen Armenpflegers beehrten gewerblichen Arbeiter haben sich als ebenso sorgfältige Verwalter der städtischen Armengelder erwiesen wie ihre Kollegen, die andern Berufen angehören. Ihre genaue Kenntnis von den Lebensverhältnissen der Arbeiterbevölkerung befähigte sie, den Grad der Hilfsbedürftigkeit und die zur Hilfe notwendigen Mittel zutreffend zu beurteilen. Allzu reichliche Bemessung der Unterstützung ist nicht bemerkt worden.“

Streik- und Aussperrungsstatistik. Im „Reichsarbetsblatt“ vom Monat Februar ist die vorläufige Uebersicht über die Streiks und Aussperrungen im vierten Vierteljahr 1912 veröffentlicht. Es betrug die Zahl der in diesem Vierteljahr beendeten Streiks 374 gegen 377 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Zahl der betroffenen Betriebe 741 (1731), wovon 187 (588) zum völligen Stillstand gebracht wurden. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 27 335 (55 676) und die der gezwungen Feiernden 1591 (5754). Die Streiks hatten in 84 (67) Fällen vollen, in 131 (162) Fällen teilweisen und in 159 (148) Fällen keinen Erfolg.

Eine Zusammenstellung der Ergebnisse in den vier Vierteljahren des Jahres 1912 ergibt als vorläufiges Jahresergebnis gegenüber dem des Jahres 1911 wie folgt: 2500 (2566) beendete Streiks, 7283 (10 640) betroffene Betriebe, wovon 1958 (2900) zum völligen Stillstand gebracht wurden, die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug sich auf 405 746 (217 809) und die der gezwungen Feiernden auf 11 101 (20 356). Die Erfolge sind: in 388 (497) Fällen vollen, in 1028 (1186) Fällen teilweisen und in 1084 (883) Fällen keinen Erfolg.

Die Zahl der beendeten Aussperrungen betrug im vierten Vierteljahr 36 (33), die Zahl der betroffenen Betriebe 358 (492). Hier von wurden 138 (217) zum völligen Stillstand gebracht. An den Aussperrungen waren beteiligt 10 320 (63 255) ausgesperrte und 363 (594) gezwungen feiernde Arbeiter. Die Aussperrungen hatten in 7 (11) Fällen vollen, in 25 (20) Fällen teilweisen und in 4 (2) Fällen keinen Erfolg.

Das vorläufige Jahresergebnis ist folgendes: 324 (232) beendete Aussperrungen, 2558 (1933) betroffene Betriebe, davon zum völligen Stillstand gebracht 768 (609). Die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten war 74 780 (138 354) und die der gezwungen Feiernden 1562 (8697). Die Erfolgswahlen sind 96 (73), 213 (146), 15 (13). Die Zahl der Streiks hat gegenüber 1911 etwas abgenommen, demgegenüber ist die Zahl der beteiligten Arbeiter um fast das Doppelte gestiegen, wohingegen bei den Aussperrungen dieses der umgekehrte Fall ist.

Saben Sie'ne Ahnung, Herr Kommerzienrat!

In der „Deutschen Wirtschaftszeitung“ gab kürzlich der Schriftführer der Inhaber Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. Ziese, seiner Auffassung wie ein Streik entsteht, wie folgt Ausdruck: „Ein Streik entsteht durchaus nicht aus dem Grunde, weil die Löhne zu niedrig sind oder die Arbeitszeit eine zu lange ist oder die Arbeiter sonst aus irgendeinem Grund unzufrieden wären; nein, ein Streik entsteht auf ganz anderem Wege. Die Zentrale der Arbeiterorganisationen, die doch hier und da einen Beweis ihrer Daseinsberechtigung geben muß, sagt sich: Im vorigen Jahre haben wir an der und der Stelle im Deutschen Reiche Strömungen in Szene gesetzt, jetzt in diesem Jahre wollen wir an dem und dem Plage den Hebel einlegen. Nun werden soundsoviele Redner von der Arbeiterorganisationszentrale an den betreffenden Platz geschickt, die Tag und Nacht die Arbeiter bearbeiten, große Versammlungen abhalten und den Arbeitern absolut keine Ruhe lassen, bis sich eine Anzahl junger Leute zusammenschließen, die weiter wühlen und die von der Arbeiterorganisationszentrale und ihren Agitatoren ausgehenden Aufwiegelungen in die Tat umsetzen. So entsteht ein Streik! Nun werden in der Regel die unvernünftigsten Bedingungen seitens der sogenannten Streikleitungen aufgestellt, Bedingungen, die oft durchaus nicht in Frage kommen, weil das damit Verlangte schon längst vorhanden ist, und die als Wünsche, nur gestellt werden, um bloß eine Differenz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herbeizuführen.“

Herr Geheimer Kommerzienrat, Sie sind in der Macht ihrer Urteilskraft in diesen volkswirtschaftlichen Dingen der Gegenwart wirklich nicht zu beneiden. Wenn die auf ihrer Werft gebauten Schiffe nicht besser sind wie ihre Beweisraft über die Entstehung der Streiks, dann würde der deutsche Schiffsbau sehr bald zum Gespötte der ganzen Welt werden.

Eine Million Mark Strafgeelder. Infolge der eigenartigen Arbeitsordnungen in den Bergwerksbetrieben des Ruhrreviers, die die Möglich-

keit bieten, bei jeder Kleinigkeit Strafen gegen die Arbeiter mit sofortiger Aburteilung ohne Voruntersuchung oder Verhör zu verhängen, haben die Bergwerksbesitzer eine eigne Gerichtsbarkeit, die sie rücksichtslos gegen die Arbeiter zur Anwendung bringen. Die Grubenbeamten sind Ankläger und Vollstrecker des Urteils zugleich. Groß sind die Summen, die den Arbeitern durch das Strafsystem abgezogen werden. Im Jahre 1912 wurden, so teilt der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ mit, auf 131 Bechen des Ruhrreviers Strafgeelder verurteilt:

Wegen Förderns unreiner Kohle 362 868 M.
Wegen sonstiger Vergehen . . . 568 098 „

Summa 930 966 M.

Also nahezu eine Million Mark Strafen in einem Jahre. Das ist ungeheuerlich. Die ungerechtesten Bestrafungen sind die wegen Förderns unreiner Kohle oder wegen nicht genügend gefüllter Wagen. Vor der Arbeitsstelle können die Wagen überfüllt geladen werden, durch den langen unterirdischen Transport wird die Kohle zusammengedrückt und die Ladung senkt sich. Ueber Tage kommt so der Wagen nicht mehr überfüllt beladen an. Dann setzt es Strafe. Auch läßt es sich nicht vermeiden, daß einige Steine mit eingeladen werden, denn die Kohle ist damit verwachsen. Trotz alledem setzt es Strafe, wenn Steine im Wagen gefunden werden. Bei der Lohnzahlung werden auch einige Pfennige nicht ausgezahlt. Die hierdurch erzielte Summe beläuft sich auf den 131 Schachtanlagen noch auf 102 656 M. Mit diesem Gelde treiben die Unternehmer Wohlfahrt. Es fließt in eine auf jeder Zeche vorhandene Unterstützungskasse. Daraus werden durch Krankheit in Not geratene Arbeiter unterstützt. In den Berginspektorenberichten kann man dann alljährlich lesen, welche Summen für Unterstützungen an die Arbeiter verausgabt wurden. Und dabei wird dann die Fürsorge der Unternehmer gebührend hervorgehoben. Nicht aber wird gesagt, daß das Geld, womit man Wohlfahrt läßt, den Arbeitern vorher vom Lohne genommen ist. Das ist Wohlfahrt, die erst durch Plage geschaffen werden kann.

Deutschlands Warenverkehr mit den europäischen Ländern. Ueber diese als Grundlage der Handels- und Zahlungsbilanz, wie auch als Kernpunkt aller politischen Beziehungen äußerst wichtigen Frage unterrichtet uns eine den „Mitteil. des Ver. für das Deutschtum im Ausland“ entnommene Zusammenstellung. Aus ihr ergibt sich ohne weiteres die enorme Bedeutung unseres Handels insbesondere mit England und Rußland und die daraus wieder sich ergebende unbedingte Notwendigkeit guter, politischer Beziehungen zu diesen Staaten. Aber auch die Bedeutung verschiedener kleinerer Staaten, wie der Niederlande, der Schweiz, Belgiens als Abnehmer deutscher Waren läßt die Tabelle deutlich ersehen.

Es bezog von Deutschland	Waren im Werte von:	Es lieferte nach Deutschland
1 102 Mill. M.	England	767 Mill. M.
822 „	Oesterreich-Ungarn	729 „
543 „	Frankreich	508 „
537 „	Rußland	1 322 „
409 „	Niederlande	259 „
453 „	Schweiz	174 „
391 „	Belgien	325 „
324 „	Dänemark	275 „
225 „	Spanien	158 „
191 „	Schweden	164 „
120 „	Norwegen	50 „
74 „	Finnland	26 „
73 „	Europ. Türkei	22 „
72 „	Estland	140 „
66 „	Rumänien	69 „
33 „	Portugal	22 „
19 „	Bulgarien	6 „
19 „	Serbien	18 „
15 „	Griechenland	21 „

Die Humboldt-Akademie veröffentlicht ihr Programm für das 2. Lehrvierteljahr 1913, das über 140 Vortragsreihen enthält. Die Vorlesungen umfassen die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung. Das Lehrvierteljahr beginnt am Montag, den 7. April. — Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten sind im Hauptbüro, Kurfürstenstraße 1661, 1—3 (Türschloß 8794) in den Geschäftsstellen mehrerer Vereine, sowie in zahlreichen Buchhandlungen in allen Stadtteilen erhältlich. Wir machen unsere Mitglieder auf folgende Vorlesungen besonders aufmerksam:

- Dr. W. Klein „Einführung in die Philosophie“ Georgenstraße 30 31, Donnerstags 8—9, Beginn 10. April;
- „Fragen der Erziehung und Lebensweisheit“ Georgenstraße 30 31, Donnerstags 9—10, Beginn: 10. April;
- Dr. A. Reimann „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“ Lützowstraße 84d, Montags 8—9, Beginn: 7. April;
- Dr. D. Stülch „Staatsbürgerkunde und Führungen“ Georgenstraße 30 31, Donnerstags 8—9, Beginn: 17. April;
- Karl Schlich „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“ und „Sozialismus und soziale Bewegung“ Georgenstraße 30 31, Mittwochs 8—9, und 9—10, Beginn: 9. April;

Schulze-Wahlle „Die Eroberung der Luft“ Montags 8-10 und „das Meer, eine Grundlage deutscher Weltpolitik“, Viktoriastr. 84d, Dienstags 8-10, Beginn: 8. April.

M. Bronning „Landwirtschaft und Volkswirtschaft“ Georgenstr. 30/31, Dienstags 8-9, Beginn: 8. April;

Dr. V. Maack „Innere Kolonisation“ Viktoriastr. 84d, Montags 8-9, Beginn: 14. April;

Dr. Ruhnau „Die Technik des landwirtschaftlichen Betriebes“ Georgenstr. 30/31, Sonnabends 8-10, Beginn 11. April;

Dr. Archonhold „Die Kinematographie im Dienste der Wissenschaft“ Montags 9-10, Beginn: 7. April, Treptow-Sternwarte;

Dr. R. Girsch „Samariterkursus“ Georgenstr. 30/31, Freitags 7-9, Beginn 11. April;

J. Fürstenberg „Aus dem Reiche der Kleinen und Kleinsten Lebewesen“ Georgenstr. 30/31, Dienstags 8-9, Beginn: 8. April.

Ferner weisen wir auf die Sprachkurse hin, die unterrichtet in den modernen und klassischen Sprachen umfassen.

Die besonderen Arbeitervorlesungen, die im vorigen Quartal stattfanden, hatten sich eines befriedigenden Besuches und regen, dauernden Interesses zu erfreuen; sie sollen im September des Jahres fortgesetzt werden. Die Lehrgegenstände werden durch besonderen Aufruf bekanntgegeben werden, sobald der Vörrat mit den Vertretern der Arbeiterverbände und der Dozentenchaft die Auswahl getroffen hat.

Berliner Tischlerschule: Hauptabteilung Straßmannstr. 6, Tages- und Abendunterricht. Gegenstände des Unterrichts und der Übungen sind: Unterricht in der Kunsttischlerei, im Zeichnen und Polieren, an den Holzbearbeitungsmaschinen, Materialkunde, Chemie, Buchführung und Kalkulation, Fachzeichnen, Fachzeichnen für Tischler, Bildhauer und Drechsler, Ornament- und Projektionszeichnen, Holzverbindungs- und Formenlehre, Stillehre, Modellieren und Holzbildhauen, Intarsienarbeiten, Werkzeugelehre und Materialkunde für Drechsler, Aquarellieren und Pflanzenzeichnen, Entwerfen und Detaillieren von Bau- und Möbelschlararbeiten, Raumkunst und Innendekoration. Abteilungen, welche Kurse im Fachzeichnen und andere nach Bedürfnis haben: 1. S, Wasserstr. 31; 2. NO, Prenzlauer Allee 227, 228; 3. NW, Turmstraße 86; 4. O, Straßmannstr. 6; 5. SO, Reichenberger Straße 44/45; 6. SW, Nagelberger Straße 34; 7. N, Ravenstraße 12. Anmeldungen nehmen die Leiter der betreffenden Abteilungen entgegen. Der Unterricht für das Sommerhalbjahr 1913 beginnt am 9. April 1913.

Der Direktor: H. d. Gustavel.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. - Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

RI 75c. L. 34711. Vorrichtung zur Verzierung von Holzoberflächen durch Tränkung mit Farbstoffen unter Anwendung von Schablonen. Edmund Riga, Wien. Angem. 30. 1. 12.

Erteilte Patente:

RI 241. 255 304. Sammelschrank für Pläne, Zeichnungen oder dergl. Fritz Rood, Hildesheim. Angem. 27. 9. 12.

RI 241. 255 488. Zerlegbares und erweiterbares Regal. Grünwalds Registratur Co., Hannover. Angem. 19. 7. 12.

Gebrauchsmuster:

RI 241. 543 31. Holzzerleise mit eingefügtem Perforat. Reißleinenfabrik Max Schuppel, Chemnitz. Angem. 6. 2. 13.

RI 241. 543 32. Schreibstift mit versenkbarer Aufsicht. Albert Bernick, Leipzig-Plagwitz. Angem. 28. 1. 13.

Wohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten nach Frankfurt a. O., Königberg (Unionsgießerei), Rybnik (Drechsler), Stolp (Firma Bloß).

Literarisches.

21 Jahre trotz Verteuerung aller Spesen derselbe Preis. Dies Unikum bietet der Verlag John Henry Schwerin mit seinem alle 14 Tage im Groß-Folioformat erscheinenden Modenblatt „Große Modenwelt“ mit Fächerbignette, welches immer noch zum selben Preis von 1 M. pro Quartal erscheint. Auf die Frage, wie es möglich ist, daß trotz des Gebotenen: „Achtseitiges Hauptmodenblatt größten Stils für Erwachsene und Kinder, farbenprächtige Moden-kolorits, Unterhaltungsbeilagen mit Romanen usw., große Handarbeitsbeilagen usw.“, seit 21 Jahren immer derselbe Preis bestehen geblieben ist, ist zu antworten, daß nur die ungeheure Verbreitung des Blattes dies ermöglicht. - Alle 14 Tage wird das Neueste geboten auf dem Gebiete der Moden. Einfache und elegante Kostüme wechseln ab für jeden Geschmack und für jedes Alter. Der mustergültige, doppelseitige Schnittmusterbogen, der jeder Nummer beiliegt, ermöglicht die Selbstherstellung der gesamten Garderobe. - Für bequemere und weniger geliebte Damen ganz besonders zu empfehlen sind die sofort lieferbaren Normalschnitte für Erwachsene und Kinder, welche zu einem Spottpreise unterem Selbstkostenpreis abgegeben werden. Wir weisen ferner auf die Rubrik „Neuestes aus Paris“ hin, auf die große Handarbeitsbeilage und die vornehme illustrierte Belletristik mit Romanen und Novellen. - Um Verwechselungen zu vermeiden, bestelle man ausdrücklich die „Große Modenwelt“ mit Fächerbignette vom Verlage John Henry Schwerin zum Vierteljahrspreis von nur 1 M., wofür 6 Nummern allergrößten Formates geliefert werden. Abonnements auf die „Große Modenwelt“ - man achte genau auf den Verlag John Henry Schwerin und den Vierteljahrspreis von 1 M. - bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. - Gratis probenummern bei den ersteren und beim Verlage John Henry Schwerin, Berlin W 57.

Der Kaiser und die heutige Wohnungskultur.

Die Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Sitz Wiesbaden) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die zeitgemäßen Bestrebungen auf dem Gebiete der Wohnungskultur zu fördern und wird darin von den führenden Künstlern und bekannten hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens unterstützt. Auch der Kaiser bringt bekanntlich diesen Bestrebungen größeres Interesse entgegen, das zeigt das uns vorliegende Werk: „Das englische Landhaus.“ Eine Sammlung vorbildlicher Hauspläne aus dem Privatbesitz Sr. Majestät des Kaisers. Im Allerhöchsten Auftrag veröffentlicht mit Text von Prof. A. Wientrop. Mit 52 Bildertafeln. Preis M. 4,00, Porto 30 Pf. Für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur kostenlos.

Bekanntlich ist England auf dem Gebiete des Eigenhausbaues und der Wohnungseinrichtung vorbildlich, und es ist ein besonderes Verdienst unseres Kaisers, daß er seine Sammlung englischer Hauspläne der Allgemeinheit zugänglich gemacht hat. Sie ist jetzt auch das billigste Werk auf diesem Gebiete und kann sehr viel Nutzen stiften. Die Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. erhalten das Werk auf Grund einer Stiftung kostenlos, ebenso ein Werk über „Deutsche Eigenhäuser“ von Gebhardt und Eberhard mit 70 Hausbeispielen auf 74 Bildertafeln in Konfunktionsdruck, ferner „Deutsche Wohnungskunst“ unter Mitwirkung der führenden Raumkünstler, bearbeitet von Max Heidrich, 160 Seiten mit 200 Abbildungen in Konfunktionsdruck und „Deutsche Hausgärten“ eine Sammlung vorbildlicher Pläne und Ansichten, unter Mitwirkung der führenden Gartenkünstler, herausgegeben von Gartenarchitekt E. Gardtä, 160 Seiten mit ca. 200 Abbildungen. Diese Bücher erhalten die Mitglieder

kostenlos, Nichtmitglieder durch die Westdeutsche Verlagsanstalt m. b. H. Wiesbaden, zum Preise von je M. 4.50 und 30 Pfg. Porto. Die monatlich erscheinende Vereinszeitschrift „Heimkultur“ (jährlich M. 6) für Mitglieder kostenlos, bringt in jedem Heft eine gute Auswahl Abbildungen und Aufsätze und ist die billigste Kunstzeitschrift auf dem Gebiete der Architektur, Innendekoration und Gartenkunst. Es ist jedenfalls erstaunlich viel, was die Gesellschaft für Heimkultur e. V. für einen Jahresbeitrag von M. 10 ihren Mitgliedern bietet. Anmeldungen und Prospekte durch die Geschäftsstelle in Wiesbaden.

Empfehlenswerte Schriften für die Bibliotheken unserer Ortsvereine.

Table with 2 columns: Author/Title and Price. Includes entries like 'Land und Freiheit (herabgesetzt) 0,20', 'Der Arbeiter und die Kirche 0,30', 'Das Recht des Angestellten an seinen Erfindungen 1,00', 'Arbeitskammern und Kaufmannskammern 0,80', 'Die Arbeiterfrage 2,00', 'Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert 1,25', 'Der Arbeiterschutz 1,00', 'Soziale Rechte und Pflichten 1,00', 'Problem des Arbeitsrechts (Lwd. geb.) 5,00', 'Sozialismus und soziale Bewegung 3,20', 'Die gewerbliche Arbeiterfrage 0,80', 'Gewerbetwesen (2 Bände) 1,60', 'Die Entwicklung der sozialen Frage 0,80', 'Das konstitutionelle System im Fabrikbetrieb 2,50', 'Laienbrevier der Nationalökonomie 2,40', 'Der Staat und die Syndikate 1,00', 'Fortschritt und Armut 2,20', 'Die Erlösung aus sozialer Not 1,50'.

Briefkasten der Redaktion.

R., Schwelm. Daß das eine Glückwunschtelegramm nicht aus Hagen, sondern aus Eberfeld kam, haben wir gerne zur Notiz genommen, ebenso daß nicht der Vorstand aus Geselesberg, sondern Kollegen aus Langerfeld bei dem Feste anwesend waren. Der Fehler in dem Berichte kann allerdings nicht auf das Schulkonto der Redaktion gesetzt werden, sondern auf das des Berichterstatters. Besten Gruß Hl.

F., Rathenow. Die abzugsfähigen Posten bei der Steuerveranlagung haben wir in Nr. 9 der „Eiche“ eingehend behandelt. Wir werden bei der nächsten Eiche sendung noch ein Exemplar beilegen. Bericht kommt in die nächste Nummer.

Leipzig. Nächste Nummer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 13. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig

Verlorenes Duitungsbuch.

Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiermit für ungültig erklärt: 3504 Keller-Bromberg. Unterfützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden. Der Hauptvorstand.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 29. März 1913: Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, v. Piesch, Goethestr. 59, Rahlabend. Bezirk Nord und Bautzschler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung.

Sonnabend, den 5. April 1913: Bezirk Ost und Möbelschler. Abds. 8 1/2 Uhr, h. Zimmermann, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Wahl eines Schriftführers. Vortrag von Herrn Ingenieur Sonnenhmidt über „Krieg und Frieden“. Bezirk Südost und Plavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesenbüschgen, Schloßstr. 66, Rahlabend. Modell- u. Fabrikischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Branchenversammlung.

Vollzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die gelben Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei. Um pünktliche und vollständige Einwendung derselben wird besonders ersucht.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Rentkolln.

Erreicht, den 29. März 1913.

2. Bezirk, Brunnenstr. 143.

Versammlung.

Der Arbeitsnachweis und die Kontrollstelle des Ortsvereins Eberfeld-Barmen

halten am 29. März 1913, Eberfeld, Baumstraße 14.

Der Arbeitsnachweis des Ortsv. im Bezirk Ost und Spandau

halten am 29. März 1913, Berlin, Köpenicker Straße 6.

Der Ortsverein des Ortsv. im Bezirk Ost und Spandau

halten am 29. März 1913, Berlin, Köpenicker Straße 6.

Der Ortsverein des Ortsv. im Bezirk Ost und Spandau

halten am 29. März 1913, Berlin, Köpenicker Straße 6.

Der Ortsverein des Ortsv. im Bezirk Ost und Spandau

halten am 29. März 1913, Berlin, Köpenicker Straße 6.

!! Günstiges Sägewerk !!



65 PS. Dampflokobile, 2 Gatter, Hebel-, Spund- und sonstige Kleinmaschinen

Alle Maschinen, Direkter Maschinenbau in industriereicher Arbeit verrichtet der Maschinenbau (Bezirk Dresden) bei nur geringer Anzahlung vom Werk und kann auch zu verkaufen oder zu verpachten. Preis bleibt stehen und können in dem Werk bestellt. Günstige Offerten unter N. 5748 durch den Invalidendank Berlin W 9.

Bremen. Das Arbeitersekretariat der Deutschen Gewerkschaften befindet sich Lindenstr. 2.

Stolp. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Drechsler, Bildhauer und Stellmacher befindet sich bei dem Kollegen Poesche, Schulstraße 5a. Kollegen die hier in Arbeit treten oder sich verbinden wollen, sind verpflichtet, den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Möbel

SPEZIALITÄT:

- Komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie Küchen in billiger, guter Ausführung.

M. Nicklai

Berlin, Thaerstr. 47 1 Treppe (kein Laden) nahe Ballenplatz.

Jahresmitgliedschaft des Gewerks. d. Holzarbeiter (H.-D.)

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks

befindet sich Breslau, Neumarkt 34. Die Vorstände der Ortsvereine werden ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden. Die Bezirksleitung.

Am Sonntag, den 16. März, verstarb nach langem Leiden unser langjähriger Mitglied, der Kollege

Alfred Herold

im 45. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Verwaltung des Ortsvereins Berlin.